



## Anfragen zum Plenum

vom 19. Mai 2014

mit den dazu eingegangenen Antworten der Staatsregierung

### Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Adelt, Klaus (SPD).....	3	Mütze, Thomas (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	45
Aiwanger, Hubert (FREIE WÄHLER) .....	39	Muthmann, Alexander (FREIE WÄHLER).....	38
Arnold, Horst (SPD).....	27	Petersen, Kathi (SPD) .....	21
Aures, Inge (SPD) .....	28	Pfaffmann, Hans-Ulrich (SPD) .....	15
Biedefeld, Susann (SPD).....	13	Rauscher, Doris (SPD).....	22
von Brunn, Florian (SPD) .....	35	Rinderspacher, Markus (SPD) .....	47
Celina, Kerstin (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN).....	1	Rosenthal, Georg (SPD) .....	9
Dr. Dürr, Sepp (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) ...	14	Scheuenstuhl, Harry (SPD) .....	10
Dr. Fahn, Hans Jürgen (FREIE WÄHLER).....	18	Schmitt-Bussinger, Helga (SPD).....	23
Fehlner, Martina (SPD).....	19	Schulze, Katharina (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)..	33
Felbinger, Günther (FREIE WÄHLER) .....	43	Sonnenholzner, Kathrin (SPD).....	24
Ganserer, Markus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN).....	4	Stachowitz, Diana (SPD).....	16
Prof. Dr. Gantzer, Peter Paul (SPD).....	5	Stamm, Claudia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN).....	48
Gehring, Thomas (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN).....	20	Steinberger, Rosi (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) ....	49
Gottstein, Eva (FREIE WÄHLER) .....	29	Strobl, Reinhold (SPD) .....	11
Halbleib, Volkmar (SPD).....	30	Dr. Strohmayer, Simone (SPD).....	17
Dr. Herz, Leopold (FREIE WÄHLER).....	44	Stümpfig, Martin (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN).....	41
Kamm, Christine (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN).....	6	Taşdelen, Arif (SPD).....	12
Karl, Annette (SPD) .....	7	Waldmann, Ruth (SPD).....	25
Knoblauch, Günther (SPD).....	2	Weikert, Angelika (SPD).....	50
König, Alexander (CSU) .....	37	Werner-Muggendorfer, Johanna (SPD) .....	51

## Geschäftsbereich der Staatskanzlei

1. Abgeordnete **Kerstin Celina** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Ich frage die Staatsregierung, in welcher Höhe (in Prozenten pro Jahr für die nächsten zehn Jahre) sie durch den Abschluss des Freihandelsabkommens TTIP wirtschaftliches Wachstum in Bayern erwartet, welche Auswirkungen auf den bayerischen Arbeitsmarkt sie dadurch erwartet und auf welche Art und Weise sie sich dafür einsetzt, dass Standards im Lebensmittelbereich für die bayerischen Verbraucherinnen und Verbraucher nicht verändert werden?

### Antwort der Staatskanzlei

Die Staatsregierung geht davon aus, dass eine stark exportorientierte Wirtschaft wie die bayerische von einer Transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) in besonderem Maße profitieren kann. Die transatlantischen Wirtschaftsbeziehungen sind für die bayerische, die deutsche und die europäische Wirtschaft von zentraler politischer und wirtschaftlicher Bedeutung. Als rohstoffarmes Industrieland beruht der Schlüssel zu Wohlstand in Bayern auf internationalem Handel und einer Offenheit der Märkte. Der wirtschaftliche Erfolg und die weltweite Spitzenposition Bayerns basieren auf einer starken und konkurrenzfähigen Exportindustrie. Gerade das verarbeitende Gewerbe in Bayern mit einer Exportquote in Höhe von 54 Prozent und den USA als wichtigstem Absatzmarkt könnte in besonderem Maße von einer TTIP profitieren. Neben der langfristigen Sicherung von Arbeitsplätzen bringt die TTIP Verbrauchern durch den Abbau von Zöllen und anderen Handelshemmnissen auch niedrigere Preise und eine größere Produktvielfalt. TTIP betrifft unmittelbar 11,8 Prozent der Weltbevölkerung und fast 50 Prozent der globalen Wirtschaftsleistung. Gemeinsame Standards im transatlantischen Handel haben Ausstrahlungswirkung auf andere Wirtschaftsräume und können bei rechtzeitiger Verabschiedung Blaupause und Nukleus für künftige globale Standards sein.

In mehreren Studien wurden die zu erwartenden positiven wirtschaftlichen Effekte des Abkommens belegt. Im Vorfeld der Verhandlungen zur TTIP wurden verschiedene Studien u.a. der EU-Kommission und der Bundesregierung in Auftrag gegeben. Die Folgenabschätzung der EU-Kommission beruhte unter anderem auf einem unabhängigen Bericht, den die EU beim Centre for Economic Policy Research (CEPR) in Auftrag gegeben hatte. Laut EU-Kommission belief sich der Studie zufolge der Profit für die Wirtschaft der EU auf 119 Mrd. Euro pro Jahr – dies entspricht einem jährlichen Zusatzeinkommen von 545 Euro für den durchschnittlichen EU-Haushalt. Einer ifo-Studie (2013) im Auftrag der Bertelsmann-Stiftung zufolge könnten bis zu 160.000 zusätzliche Arbeitsplätze in allen Qualifikationsgruppen in Deutschland entstehen, falls EU und USA sich darauf einigen, Handelshemmnisse umfassend abzubauen. Bezogen auf das produzierende Gewerbe in Bayern könnte der Gesamtbeschäftigungszuwachs bis zu 19.500 Arbeitsplätze betragen. Die tatsächlichen Auswirkungen des Abkommens werden insbesondere davon abhängen, in welchen Bereichen welche Verhandlungsergebnisse erzielt wurden. Eigene Berechnungen, insbesondere auch zur prozentualen Höhe des Wirtschaftswachstums in Bayern, hat die Staatsregierung nicht in Auftrag gegeben.

Bei allen wirtschaftlichen Aspekten muss im Rahmen des Abkommens gewährleistet sein, dass die hohen Standards in den Bereichen Umwelt, Gesundheit und Sicherheit, Schutz der Privatsphäre

sowie Rechte der Arbeitnehmer und Verbraucher gewahrt bleiben. Für die Staatsregierung ist maßgeblich, dass sich die EU-Kommission bezüglich all dieser sensiblen Punkte an das ihr von den Mitgliedsstaaten erteilte Mandat hält. Die Staatsregierung setzt sich für diese Anliegen kontinuierlich bei der Bundesregierung und der EU-Kommission ein. Die Staatsregierung wird dem Landtag voraussichtlich im Juni 2014 erneut zur TTIP berichten.

2. Abgeordneter  
**Günther  
Knoblauch**  
(SPD) Ich frage die Staatsregierung, in welchen Jahren wurden von ihr beim jüngst vom „Münchner Merkur“ veröffentlichten „CSU-Eisstockschießen“ im Landkreis Miesbach welche Preise zu welchen Kosten zur Verfügung gestellt?

#### **Antwort der Staatskanzlei**

Ministerpräsident Horst Seehofer hat als Ehrenpreis für das Anton-Staudacher-Gedächtnis-Eisstockschießen in den Jahren 2008 bis 2013 jeweils vier Bierkrüge und zehn Silbermünzen zur Verfügung gestellt, hierfür sind seit 2008 durchschnittliche Kosten von 305 Euro pro Jahr angefallen.

#### **Geschäftsbereich des Staatsministeriums des Innern, für Bau und Verkehr**

3. Abgeordneter  
**Klaus  
Adelt**  
(SPD) Nachdem in einem Wiederaufnahmeverfahren wegen Mordes an Peggy K. der in einem früheren Prozess für schuldig befundene Ulvi K. freigesprochen wurde, frage ich die Staatsregierung, warum kam es im Zuge der Ermittlungen der Sonderkommission (Soko) „Peggy II“ zu vielen Ungereimtheiten und weshalb wurde auf Initiative des damaligen Staatsministers des Innern, Dr. Günther Beckstein, die Soko „Peggy I“ durch Soko „Peggy II“ ersetzt und Wolfgang Geier als deren Leiter eingesetzt?

#### **Antwort des Staatsministeriums des Innern, für Bau und Verkehr**

Die im Fall „Peggy“ in Zusammenhang mit den polizeilichen Ermittlungen über die Jahre hinweg mehrfach vorgebrachten Kritikpunkte wurden im Zuge staatsanwaltschaftlicher Ermittlungen bereits umfassend geprüft. Konkrete Anhaltspunkte für etwaiges Fehlverhalten ergaben sich bislang nicht.

Selbstverständlich werden etwaige, im Zuge des nunmehr abgeschlossenen Wiederaufnahmeverfahrens über diesen Sachstand hinaus vorgebrachte Kritikpunkte ebenfalls geprüft.

Ende Januar 2002 wurde auf Vorschlag des Polizeipräsidiums Oberfranken die Einsetzung der Sonderkommission (Soko) „Peggy II“ unter Leitung von Herrn KD Geier, damals Leiter der KPI Würzburg, verfügt. Zweck dieser Maßnahme war es, die bereits abgeschlossenen Spurenkomplexe unter allen Gesichtspunkten nochmals aufzubereiten. Vor diesem Hintergrund wurden erfahrene Kriminalbeamte aus ganz Bayern in der Soko „Peggy II“ zusammengezogen.